

Otto Kreye

Arbeitslosigkeit in Westeuropa: Arbeitsmarktpolitik versus Beschäftigungspolitik

Dr. Otto Kreye, geb. 1936 in Waren/Müritz (Mecklenburg), ist Mitglied des Vorstands des Starnberger Instituts zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e. V. und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg.

Amtlich registrierte und tatsächliche Arbeitslosigkeit

In Westeuropa hat die Arbeitslosigkeit 1986 einen neuen Höchststand seit Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. In der Europäischen Gemeinschaft waren nach Angaben der EG-Kommission zum Jahresende 1985 13,02 Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenrate wird mit 11,1 Prozent angegeben. Unter Einbeziehung der beiden neuen Mitgliedsländer Spanien und Portugal beträgt die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft 15,8 Millionen. Im Jahresdurchschnitt hat sich die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft (ohne Griechenland, Spanien und Portugal) von 1984 bis 1985 um mehr als 365 000 erhöht, was einem Zuwachs von 3 Prozent entspricht.¹ Für Westeuropa insgesamt wird die Zahl der Arbeitslosen für Ende 1985 von der OECD mit 19 Millionen und die Arbeitslosenrate mit 11 Prozent angegeben.²

Zu beachten ist, daß es sich bei diesen Zahlen nur um die amtlich registrierten Arbeitslosen handelt. Viele Arbeitslose werden jedoch nicht als solche registriert. Der Anteil nicht registrierter Arbeitsloser an der Gesamtarbeitslosigkeit reicht in einzelnen Ländern an die Zahl der registrierten

¹ Vergleiche Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Jahreswirtschaftsbericht 1985 - 1986. Brüssel, 12. Dezember 1985.

² Vergleiche OECD: Employment Outlook. September 1985, S. 18.

Arbeitslosen heran, so daß Mitte der achtziger Jahre die Gesamtarbeitslosigkeit in Westeuropa statt bei 19 Millionen eher in der Größenordnung von 30 bis 40 Millionen zu suchen ist und damit vermutlich die Gesamtzahl der in der Verarbeitenden Industrie in Westeuropa Beschäftigten -1982: 34 Millionen übersteigt.

Zu beachten ist zweitens, daß sich hinter den amtlich angegebenen durchschnittlichen Arbeitslosenquoten große Unterschiede für spezifische Gruppen verbergen, so daß teilweise von sehr viel höheren regionalen, gruppen-, qualifikations- und altersspezifischen Arbeitslosenquoten auszugehen ist. So sind Frauen in einem höheren Maße als Männer und Jugendliche stärker als Erwachsene von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft wird für April 1984 mit 20,8 Prozent angegeben (Altersgruppe der 15- bis 24jährigen),³ darunter für Großbritannien mit 22 Prozent, für Frankreich mit 25 Prozent, für Italien mit 34 Prozent und für Spanien mit 50 Prozent.⁴

Zu beachten ist drittens, daß sich die offiziellen Arbeitslosenzahlen auf den Stand zu bestimmten Stichtagen beziehen. Die Zahl der von Arbeitslosigkeit während eines Jahres betroffenen Menschen ist deutlich höher. In der Bundesrepublik ist beispielsweise nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit im Laufe eines Jahres etwa jede sechste Erwerbsperson von Arbeitslosigkeit betroffen.⁵ Häufig ist eine neue Beschäftigung nur zum Preis verschlechterter Arbeitsbedingungen - Abwertung von erworbenen Qualifikationen, niedrigere Löhne, ungünstigere Arbeitszeiten, Wohnungswechsel und so weiter - zu finden, so daß die langfristigen Folgen eines durch Arbeitslosigkeit erzwungenen Arbeitsplatzwechsels oft gravierender sind, als es die zeitweilige Arbeitslosigkeit selbst ist.

Zur Entstehung der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten in Westeuropa und anderswo wird häufig mit dem in der Regel aus dem Zusammenhang gerissenen unglückseligen Satz von Hannah Arendt, der Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus, begründet. Nicht weniger beliebt ist der Hinweis auf eine angebliche „Sättigung“ des Bedarfs in den hochindustrialisierten Ländern, die die Produktion stagnieren lasse und deshalb Arbeitslosigkeit unvermeidlich mache.

Eins ist so falsch wie das andere. Es kann keine Rede davon sein, daß in den hochindustrialisierten Ländern (und gar in den Entwicklungsländern) der Bedarf an gesellschaftlich sinnvoller Arbeit - zum Beispiel an sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Tätigkeiten, um nur einige zu nennen - sinken würde. Ebenso wenig kann in den hochindustrialisierten Ländern (von der

3 Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft: Employment and Unemployment 1985. Brüssel/Luxemburg 1985, S. 177 (jüngere Zahlen liegen nicht vor).

4 Vergleiche OECD: Economic Outlook. Nr. 38, Dezember 1985, S. 29.

5 Vergleiche Handelsblatt, 6. Januar 1986.

Situation in den Entwicklungsländern ganz zu schweigen) von einer Sättigung des Bedarfs an lebenswichtigen Gütern und Leistungen die Rede sein (was nicht mit einer an Grenzen stoßenden „Kommodifizierung“ einzelner Lebensbereiche zu verwechseln ist). Man braucht beispielsweise nur die Wohnbedingungen vieler Menschen in Westeuropa oder die Ausstattung von Bildungs-, Forschungs- und Sozialeinrichtungen zur Kenntnis zu nehmen, um zu wissen, daß ein praktisch unbegrenzter Bedarf in vielen gesellschaftlichen Bereichen auch in den Industrieländern Westeuropas existiert. Ein zunehmender Teil der Bevölkerung auch der hochindustrialisierten Länder, so ein Teil der Arbeitslosen, viele alte Menschen und Sozialhilfeempfänger, lebt unter den (amtlich festgestellten) Armutsgrenzen, verfügt also nicht einmal über das Minimum, das für ein menschenwürdiges Dasein sogar nach offiziellen Kriterien erforderlich ist. Angesichts solcher sozialen Notlagen von gesättigtem Bedarf zu sprechen, ist zynisch und menschenverachtend.

Sollte im übrigen das Problem der Arbeitslosigkeit tatsächlich nur darin bestehen, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausginge oder der Bedarf gesättigt sei, dann würde es nicht schwerfallen, eine Lösung des Problems durch Umverteilung der verbliebenen Arbeit auf die Menschen im arbeitsfähigen Alter zu erreichen, so daß jeder einzelne weniger zu arbeiten hätte. Bezeichnenderweise haben es aber die meisten Philosophen der „Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit“ vermieden, bei den aktuellen politischen Auseinandersetzungen aktiv für eine Arbeitszeitverkürzung einzutreten.

Die hohe Arbeitslosigkeit in Westeuropa und in den meisten westlichen Industrieländern ist nicht durch einen zurückgehenden Bedarf an Arbeit überhaupt und nicht durch eine Sättigung des Bedarfs für die Güter und Leistungen der Arbeitsgesellschaft verursacht; sie ist vielmehr die Folge kapitalistischer Organisation der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeit, die von den Maximen der Kapitalverwertung und nicht denen der Bedarfsbefriedigung bestimmt ist.

Die Freisetzung von Arbeitskräften, die Beseitigung von Arbeitsplätzen, das Zurückbleiben des Arbeitsplatzangebotes hinter der Zunahme der Zahl der Menschen im ökonomisch aktiven Alter und die so entstehende Arbeitslosigkeit seit Anfang der siebziger Jahre in Westeuropa und in der kapitalistischen Weltwirtschaft insgesamt sind das Ergebnis gezielter Maßnahmen der Unternehmen, die auf veränderte Randbedingungen der Weltwirtschaft seit Ende der sechziger Jahre mit Investitionszurückhaltung, verstärkter Rationalisierung der Produktion und Verlagerung von Produktionen von traditionellen Industriestandorten in den Industrieländern an neue Standorte in Industrie- und Entwicklungsländern reagierten. Diese Instrumente, die in Kombination miteinander angewandt wurden und darauf zielten, bedrohte oder verlorengangene Ausgangspositionen - Primat des Kapitals, hohe Gewinnzuwachsraten - zurückzugewinnen, führten in Westeuropa wie in den meisten anderen westlichen Industrieländern unvermeidlich zu Massenarbeitslosigkeit. Der Rückgang der Investitionen (die „Investitionslücke“) ließ keine neuen

Arbeitsplätze entstehen; Rationalisierungsmaßnahmen und die Verlagerung von Produktionen aus Westeuropa beseitigten Arbeitsplätze. Einkommensverluste sowohl der Arbeitslosen als auch der Lohnbezieher (Reallohneinbußen) sowie Einnahmerückgänge der öffentlichen Hand und Umverteilungen in den öffentlichen Haushalten ließen die kaufkräftige Nachfrage insbesondere auf den Massenkonsumgütermärkten zurückgehen, was die Prozesse, die zur Arbeitslosigkeit geführt hatten, noch verstärkte.

In vielen Ländern Westeuropas war diese Entwicklung begleitet von einer konservativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die die Durchsetzung der unternehmerischen Strategien zur Ersetzung und Verbilligung von Arbeitskraft um der Erhöhung der Rentabilität und der Wiedergewinnung des Primats des Kapitals willen massiv unterstützte und ihrerseits dazu beitrug, die Arbeitslosigkeit anwachsen zu lassen.

Konservative Wirtschaftspolitik und unternehmerische Strategien in der Krise

Konservative Wirtschaftspolitik, wie sie in Westeuropa unter anderem von den gegenwärtigen Regierungen Großbritanniens, der Bundesrepublik und Frankreichs praktiziert wird, und wie sie sich in der Politik der Reagan-Administration der USA und der Regierung Nakasone in Japan manifestiert, versucht, durch eine Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Randbedingungen zugunsten der Unternehmen und zuungunsten der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften, ein neues funktionstüchtiges Modell kapitalistischen Wachstums zu installieren.

Zum Instrumentarium konservativer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zählen massive Umverteilungen in den öffentlichen Haushalten, darunter insbesondere Steuererleichterungen für Unternehmen und gigantische (öffentliche) Ausgabensteigerungen im Rüstungs- und Hochtechnologiebereich auf der einen Seite und Kürzung der Sozialleistungen und genereller Abbau des Sozialstaates auf der anderen Seite. Konservative Wirtschaftspolitik hat dazu beigetragen, daß die Gewinnzuwachsrate der Unternehmen wieder deutlich angestiegen sind; in manchen Branchen sind geradezu exorbitante Gewinnsteigerungen zu verzeichnen. Gleichzeitig haben die Ausgabenkürzungen zu Lasten der Lohnabhängigen und anderer sozialer Gruppen die private und öffentliche kaufkräftige Nachfrage weiter sinken lassen, so daß gesamtwirtschaftlich kaum Kapazitätserweiterungen zu verzeichnen sind: Das konservative Versprechen von mehr Investitionen und neuen Arbeitsplätzen im Gefolge höherer Gewinne erweist sich als reine Zweckpropaganda.

Die unternehmerischen Strategien sind angesichts der stagnierenden Nachfrage auf den Massenkonsumgütermärkten in den Industrieländern und der stagnierenden und rückläufigen Nachfrage nach Investitionsgütern insbesondere in den (verschuldeten) Entwicklungsländern von dem Kalkül bestimmt, daß wachsende Gewinne weniger durch Ausweitung der Kapazitäten und der

Produktion erzielt werden können, sondern eher durch Verminderung der Kosten und Erhöhung der Flexibilität. Bei insgesamt stagnierender Nachfrage kann eine Strategie der Expansion durch Investitions-, Produktions- und Umsatzsteigerungen, sofern sie erfolgreich ist, nur zu Lasten der Marktanteile konkurrierender Unternehmen gehen. Nicht zufällig hat deshalb die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, -konkurse und -bankrotte in der Krise drastisch zugenommen.

Um des strategischen Ziels der Verminderung der Kosten und der Erhöhung der Flexibilität willen nutzen die Unternehmen in zunehmendem Maße transnationale Produktionsverbände und neue Formen transnationaler Unternehmenskooperation, treiben sie die Rationalisierung durch Anwendung „neuer Technologien“ von der mikro- und optoelektronisch gesteuerten Automatisierung und Roboterisierung bis hin zu neuen biotechnischen Verfahren voran und bedienen sie sich der alten und neuen Möglichkeiten zu „worldwide sourcing“, das heißt der Nutzung von Standortvorteilen weltweit.

Flexiblere Nutzung der Arbeitskraft und der Produktionsanlagen soll durch die verstärkte Durchsetzung kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse und kapazitätsorientierter Arbeitszeiten, durch eine uneingeschränkt mögliche bedarfsgemäße Substitution von Arbeitskraft und/oder Anlagen an einem Standort durch Arbeitskraft und/oder Anlagen an anderen Standorten und umgekehrt sowie durch den Aufbau transnational integrierter computergesteuerter Fertigungs-, Beschaffungs- und Vermarktungsstrukturen erreicht werden.

Die genannten Instrumente zur Verminderung der Kosten und Erhöhung der Flexibilität werden in Kombination miteinander angewandt. Art und Umfang der Maßnahmen werden so gewählt, daß sich ein Optimum für die Unternehmensziele (insbesondere also die Rentabilität des Gesamtunternehmens) ergibt.

Einige wichtige Konsequenzen der Durchsetzung dieser unternehmerischen Strategien zeichnen sich ab:

Die transnationale Unternehmenskonzentration und -zentralisation und mit ihr die oligopolistische und regional auch monopolistische Kontrolle von Produktion, Technologie und Märkten nimmt zu. Ein zunehmender (und schon jetzt erheblicher) Teil der Weltproduktion und des Weltmarktes wird von einer (schon jetzt kleinen) abnehmenden Zahl transnationaler Konzerne beherrscht.

Die Umverteilung der Produktion auf neue und alte Standorte weltweit setzt sich fort. Einige Standorte in den Industrieländern verlieren an Bedeutung, andere in Industrie- und Entwicklungsländern gewinnen an Bedeutung, ohne daß dies jedoch insgesamt mit einer Beschäftigungszunahme verbunden wäre, die den gleichzeitig stattfindenden Beschäftigungsabbau ausgleichen würde.

Der Aufbau und die Nutzung neuer Fertigungskapazitäten an einem Ort ist mit Produktionseinstellungen, Betriebsstillegungen, Insolvenzen und Konkursen an anderer Stelle verbunden. In Westeuropa wie in fast allen anderen Industrieländern werden weiter Arbeitsplätze abgebaut. Die Flexibilisierung der Arbeitskraftnutzung und auch der Anlagennutzung bedeutet in ihren gegenwärtigen Formen eine erhebliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten.

Trotz der beachtlichen, bisher schon erzielten „Erfolge“ konservativer Wirtschaftspolitik und unternehmerischer Reorganisation in Form gesteigerter Gewinne, massiver Einkommensumverteilung (beispielsweise ist in der Bundesrepublik die Lohnquote - definiert als Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen - von 1981 bis 1985 von 74,4 auf 70,0 Prozent gesunken⁶) und Schwächung der Stellung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen wird die konservative Propaganda nicht müde, die Notwendigkeit weiterer Verbilligung der Arbeitskraft, weiterer Beschneidung ihrer Rechte (zum Beispiel der Mitbestimmungs- und Streikrechte), weiterer Flexibilisierung der Nutzung der Arbeitskraft, weiterer Lockerung des sozialen Netzes, weiterer Verbesserung der Bedingungen für die Unternehmen und weiterer Umverteilung zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der Lohnabhängigen (einschließlich der damit verbundenen Forderung nach weiterem Stellenabbau im öffentlichen Bereich und der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen) als Voraussetzungen für die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die Überwindung der Krise zu verkünden, ohne daß abzu-sehen wäre, daß die geforderten Zugeständnisse das Erreichen der erklärten Ziele wahrscheinlicher machten.

Arbeitsmarktpolitik versus Beschäftigungspolitik

In den meisten Ländern Westeuropas - und nicht nur in den konservativ regierten - gibt es keine öffentliche Beschäftigungspolitik, die einen Abbau der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zum Ziel hätte.⁷ Was von den konservativen Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, der Niederlande und der Bundesrepublik, aber auch von den sozialistischen Regierungen Spaniens, Portugals und Frankreichs (Fabius) als Arbeitsmarktpolitik praktiziert wird oder praktiziert worden ist, läuft tatsächlich auf eine Anti-Beschäftigten-Politik hinaus und zielt nicht darauf ab und ist nicht dazu geeignet, dem Problem der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Konservative Arbeitsmarktpolitik versucht, die Arbeitslosigkeit zu nutzen, um die Stellung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften zu schwächen. Dazu dienen sogenannte De-Regulierungsmaßnahmen, wie Veränderungen des Arbeitsrechts und Eingriffe in die Tarifautonomie, Privatisierungen, Errich-

⁶ Vergleiche Handelsblatt, 23. Januar 1986 (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes).

⁷ Die Bundesregierung ließ in ihrem Jahreswirtschaftsbericht Anfang 1985 feststellen, daß es „keinen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf“ gäbe. Im April 1986 stellt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, zur „Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ u. a. fest: „Heute haben wir eine Traumkonstellation von Wachstum und Preisstabilität.“

tung von „Zonen freier Wirtschaftstätigkeit“ (in Großbritannien und Belgien); dazu zählen Maßnahmen, die auf eine Reduzierung der Löhne und der Lohnnebenkosten zielen (hierzu ist auch die öffentliche oder öffentlich subventionierte Beschäftigung zu nicht tarifgemäßen Bedingungen zu zählen, wie die ABM-Beschäftigung in der Bundesrepublik oder die Lohnsubvention in Großbritannien in Höhe von 20 Pfund pro Woche für Beschäftigte, die sich bereit finden, für einen Lohn von weniger als 80 Pfund pro Woche zu arbeiten); dazu zählen schließlich Maßnahmen, die die Stellung der Gewerkschaften schwächen sollen (wie zum Beispiel die antigewerkschaftliche Rechtsveränderung und Rechtsprechung in Großbritannien).

Legitimiert wird konservative Arbeitsmarktpolitik mit der Behauptung, daß eine „De-Regulierung der Arbeitsmärkte“ und eine Erhöhung der „Anreize für Unternehmen“ die Schaffung von Arbeitsplätzen erleichtern würden. Nichts kann allerdings die wahren Bestrebungen konservativer Arbeitsmarktpolitik mehr enthüllen als ihre Ergebnisse. Gerade in den Ländern, in denen konservative Politik am entschiedensten durchgesetzt werden konnte, sind die Arbeitslosenraten am höchsten, wie dies in Westeuropa zum Beispiel in Großbritannien und Belgien der Fall ist.

Arbeitsmarktpolitik, die auch Beschäftigungspolitik sein wollte, ist in den ersten Amtsjahren der Präsidentschaft Mitterrands von 1981 bis 1983 versucht worden. In dieser Periode hat die französische Koalitionsregierung aus Sozialisten und Kommunisten versucht, unter anderem durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, durch gesetzliche Reduzierung der Arbeitszeit (Einführung der 39-Stunden-Woche) und durch Nachfrageanregung zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Diese Politik ist gescheitert und mußte notwendig scheitern, da sie auf flankierende antiinflationäre und anti-defizitäre Maßnahmen, die für eine Absicherung der Beschäftigungspolitik unerlässlich gewesen wären, verzichtet hat. Ähnlich halbherzig versucht gegenwärtig die italienische Regierung, im Rahmen eines Zehn-Jahres-Planes mit öffentlichen Mitteln die Schaffung neuer Arbeitsplätze anzuregen und damit einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Es scheint, daß ihr ebensowenig wie der Regierung Mitterrand Erfolg beschieden sein wird.

Einigermaßen effektiv ist bisher in Schweden und Österreich öffentliche Beschäftigungspolitik praktiziert worden. In beiden Ländern liegt die Arbeitslosigkeit nach wie vor weit unter dem europäischen Durchschnitt (in Schweden weniger als drei und in Österreich weniger als fünf Prozent). Instrumente der Beschäftigungspolitik in Schweden und Österreich sind insbesondere Beschäftigungsprogramme, die Jugendlichen und Langzeit-Arbeitslosen einen Anspruch auf Beschäftigung sichern, und die Subventionierung krisengefährdeter Branchen und (öffentlicher und privater) Unternehmen sowie die gezielte Gewährung von Anreizen für Neuinvestitionen.

Von den Gewerkschaften in Westeuropa werden seit Jahren öffentliche Beschäftigungsprogramme in einem Umfang gefordert, die die Arbeitslosig-

keit drastisch reduzieren würden, und die zugleich das Angebot an - dem Gemeinwohl dienenden - öffentlichen Dienstleistungen erhöhen würden.

Es liegt im Bereich des Möglichen, daß die öffentliche Hand der hochindustrialisierten Länder Westeuropas Beschäftigungsprogramme von einer Größenordnung initiiert und finanziert, die über eine Belebung von Investitionen und Produktion durch gesellschafts- und umweltpolitisch vernünftige Nachfragesteigerungen und in Kombination mit einer Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit in wenigen Jahren zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in Westeuropa führen könnten.

Solche Beschäftigungsprogramme wären in vielen Bereichen, in denen der Arbeitsgesellschaft in der voraussehbaren Zukunft die Arbeit nun wirklich nicht ausgehen wird, gesellschafts- und umweltpolitisch sinnvoll anzusiedeln. Finanziert werden könnten öffentliche Beschäftigungsprogramme durchaus auch in einer Größenordnung, die die bisherigen gewerkschaftlichen Forderungen weit überstiege, wenn man a) etwa durch eine entsprechende Besteuerung einen Teil der Unternehmensgewinne heranzöge, die gegenwärtig nicht produktiv verwendet werden, und wenn man b) nur einen Teil der öffentlichen Mittel, die gegenwärtig für gigantische Projekte im Rüstungs- und Hochtechnologiebereich vergeudet werden, anders einsetzte; im übrigen wären c) nicht unerhebliche Selbstfinanzierungseffekte durch die Einsparung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeausgaben gegeben.

Die hohe und weiter zunehmende Produktivität in fast allen Branchen der Waren- und Dienstleistungsproduktion bedeutet vor allem auch eine potentielle oder tatsächliche Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums. Voraussetzung seiner gesellschaftspolitisch sinnvollen Nutzung wäre allerdings eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten wirksamer Beschäftigungsmaßnahmen.

Freilich wären flankierende wirtschafts-, finanz- und währungspolitische Maßnahmen erforderlich, um zu gewährleisten, daß öffentliche Beschäftigungsprogramme in Kombination mit Maßnahmen zur Erhöhung der kaufkräftigen Nachfrage nicht nur Preiserhöhungen und Importsteigerungen und inflationäre und defizitäre Haushalts- und Leistungsbilanzentwicklungen auslösen und deshalb letztlich scheitern. Zu solchen flankierenden Maßnahmen würden insbesondere eine antiinflationär orientierte Preispolitik, eine selektive, Leistungsbilanzdefizite verhindernde Importpolitik und eine Begrenzung der Kapitalflucht gehören.

Eine wesentliche Schlußfolgerung, die aus den Erfahrungen gezogen werden muß, die einzelne westeuropäische Länder in den letzten Jahren mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen gemacht haben, ist die, daß solchen Programmen um so eher ein Erfolg beschieden sein wird, je mehr es gelingt, sie im Rahmen länderübergreifender Politik zu stützen. Die Voraussetzungen für länderübergreifende integrative wirtschaftspolitische Maßnahmen sind in

Westeuropa gegeben. Es gilt, sie für Beschäftigungspolitik und nicht nur für eine Politik im Interesse der Konzerne zu nutzen.

Dies ist in ähnlicher Weise für die Bedingungen gewerkschaftlicher Politik zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu beachten. Die Gewerkschaften der Länder Westeuropas werden ihre beschäftigungspolitischen Ziele eher erreichen können, wenn sie es schaffen, die in Ansätzen vorhandenen Formen zu gemeinsamen gewerkschaftlichen Aktivitäten auch verstärkt für beschäftigungspolitische Initiativen zu nutzen.